

Am 25.09.2023 fand in der Karl-Rahner Akademie von 09:00 Uhr bis 17:30 eine von der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit organisierte Fachtagung mit ca. 85 Teilnehmenden statt. Diese trug den Titel „**Ein Schritt nach vorn, zwei Schritte zurück. Soziale Bewegungen und Politische Bildungsarbeit im Kampf mit oder gegen Antisemitismus?**“ War der Antisemitismus in sozialen Bewegungen schon früher ein ernstzunehmendes Problem, hat sich die Situation seit dem terroristischen Überfall der islamistischen Hamas auf Israel am 07. Oktober 2023 noch einmal deutlich verschlechtert. Auch in Milieus, die dem eigenen Selbstverständnis nach Antisemitismus ablehnen, sind die Stimmen derjenigen deutlich lauter geworden, die sich in antisemitischer Art und Weise zu Wort melden und in Teilen den antisemitischen Terror gegen Israelis offen verharmlosen oder gar glorifizieren. Die Tagung diente der Auseinandersetzung mit diesem Phänomen und bot in Form mehrerer Workshops und zweier Podiumsdiskussionen Raum für Austausch und Vernetzung. Eröffnet wurde die Tagung durch einige Worte des Geschäftsführers der Kölnischen Gesellschaft, **Marcus Meier**, der sein Erschrecken über das Ausmaß der jüngsten antisemitischen Entwicklungen zum Ausdruck brachte. In Hinblick auf den Tagungstitel wies er dabei darauf hin, dass soziale Bewegungen keineswegs, wie manche annehmen, per se progressiv seien. Stattdessen habe es in den vergangenen Jahren zahlreiche soziale Bewegungen gegeben, die beispielsweise rassistische und antisemitische bzw. prinzipiell demokratiefeindliche Positionen vertreten hätten. Eine Gemeinsamkeit verschiedener antisemitischer Akteure sei eine „verkürzte Kapitalismuskritik“, bei der der Kapitalismus nur scheinbar kritisiert werde, in Wahrheit aber unverstanden bleibe. Anstatt seine Negativerscheinungen als ihm inhärent zu begreifen, würden die durch ihn verursachten sozialen Verwerfungen auf die vermeintlich unmoralischen Taten einzelner Akteure zurückgeführt, die sich zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit bereichern. Im Antisemitismus werden schließlich Jüdinnen und Juden als vermeintlich Schuldige an der zum Beispiel wirtschaftlichen Misere markiert und bekämpft. Dabei wies Marcus Meier darauf hin, dass Antisemitismus keineswegs nur ein Problem einzelner politischer Bewegungen sei, sondern auch in der Gesamtbevölkerung weit verbreitet ist.

Im anschließenden Vortrag beschäftigte sich die Sozialwissenschaftlerin **Melanie Hermann** mit einem Phänomen, das sie „**antimodernen Abwehrkampf**“ nennt. Am Beispiel des „Egoshooter-Attentäters“, als die sich seit einigen Jahren mehrere Rechtsterroristen bezeichnen ließen, beschrieb sie das Weltbild eines Tätertyps, der in äußerst destruktiver Weise auf die gesellschaftlichen Verunsicherungen reagiert. Die Täter verträten einen Manichäismus, bei dem die Welt in Ermangelung einer ausgeprägten Ambiguitätstoleranz eindeutig in Gut und Böse unterschieden werde. Das Böse gelte als unabänderlich böse, weshalb es vernichtet werden müsse im Modus einer angeblichen Notwehr. Die Täter überhöhen sich selbst als vermeintliche Helden, die im Sinne der Allgemeinheit handeln würden. Dabei war es Melanie Hermann wichtig zu betonen, dass die Täter „nicht außerhalb der Gesellschaft“ stünden, sondern „Produkte dieser Gesellschaft“ seien. Es gehe dabei im Kern darum, gemeinsam einen anderen Umgang

mit Angst, Kränkung und Leid zu finden, anstatt die unerträglichen Affekte projektiv und potenziell mörderisch auszuagieren. Wichtig sei ein „solidarischer Widerstand gegen angstauslösende Verhältnisse statt einer autoritären Abwehr der Angst durch Projektion“. Anfangen müsse man bei der „eigenen gesellschaftlichen Verfasstheit“, wobei es zentral sei, sich für die Kritik anderer zu öffnen. Im Sinne einer positiven Veränderung der Gesellschaft sei es nicht, im Dienste der narzisstischen Selbstdarstellung Kritik und Verunsicherung abzuwehren, sondern Kritik müsse gemeinsam ausgehalten werden, um voneinander zu lernen.

Nach dem Vortrag fand ein **Podiumsgespräch zum Thema Antisemitismus in sozialen Bewegungen** statt. Daran nahmen neben **Melanie Hermann** auch die Antisemitismusforscherin und Gewerkschaftlerin **Lea Herzig**, die Journalistin **Shahrazad Eden Osterer** und der Journalist und Autor **Nicholas Potter** teil. Letzterer hat das Buch „Judenhass Underground. Antisemitismus in emanzipatorischen Subkulturen und Bewegungen“ mitherausgegeben und äußerte sich zunächst vor allem zur „beschleunigten Radikalisierung seit dem 07. Oktober 2023“. Es werde „jede Woche ein neuer Tiefpunkt“ erreicht. Den 07. Oktober 2023 bezeichnete er als „Zäsur“. Sei zwar bereits zuvor der Antisemitismus weit verbreitet gewesen, steigere er sich inzwischen sogar bis zur Verherrlichung terroristischer Gewalt. Es gehe nur noch um „Superlative“ in der Ablehnung des israelischen Vorgehens und der entsprechenden Vorwürfe. Die Ablehnung Israels werde zur zentralen politischen Frage, die andere politische Auseinandersetzungen verdränge und erschwere. Dabei stellte Potter einige Ähnlichkeiten zu früheren vor allem verschwörungstheoretischen Protesten fest und meinte damit vor allem eine gemeinsame Pressefeindlichkeit, einen ausgeprägten Verfolgungswahn und die Etablierung eigener Parallelstrukturen beispielsweise in Form eigener Medienkanäle und Chats. Eine wichtige Rolle spiele nach wie vor die antisemitische BDS-Bewegung, der es gelungen sei, für ihre Boykottaufrufe „eine progressive Sprache“ zu finden und damit alternative Milieus zu erreichen. Viele Linke, so Potter, hätten „die Werte verraten“, für die sie einmal gestanden hätten. Er äußerte eine „große Enttäuschung“ angesichts dieser Entwicklung.

Lea Herzig betonte zunächst die lange Geschichte der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit Antisemitismus und nahm Bezug auf den Aufbau von Beziehungen zwischen deutschen und israelischen Gewerkschaften. Seit dem 07. Oktober 2023 jedoch gebe es auch in der Gewerkschaft „mehr problematische Stimmen“ bzw. eine „Regression“. Herzig äußerte ein „Erschrecken in Räumen, in denen man sich doch eigentlich immer wohl gefühlt hat.“ Sie betonte die Wichtigkeit von Multiperspektivität, die jedoch nicht bedeute, „jede Position zu legitimieren“. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund ihres Engagements in der Gewerkschaftsjugend wies sie außerdem auf den hohen Stellenwert von „Räumen außerdem der institutionellen Bildung“ hin, in denen politische Lernprozesse stattfinden können.

Shahrazad Eden Osterer, die im Iran aufgewachsen ist, thematisierte vor dem Hintergrund ihrer eigenen Lebensgeschichte den Islamismus als „blinden Fleck“ der politischen Linken. Nach ihrer Ankunft in Deutschland habe es sie sehr verwundert, in Deutschland zum Teil die gleichen islamistischen und antisemitischen Demonstrationen (zum Beispiel zum sogenannten Al Quds Tag) zu sehen, die sie bereits aus dem Iran gekannt habe. Angesichts dessen sprach sie von einer „Retraumatisierung für Frauen, die aus islamistischen Verhältnissen geflohen“ und nun in Deutschland mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind. Sie wies außerdem darauf hin, dass die Hamas ihren Terror ohne die Unterstützung des iranischen Regimes nicht hätte umsetzen können, welches im Wesentlichen auf Frauenfeindlichkeit und Antisemitismus basiere. In diesem Zusammenhang kritisierte sie sowohl die Bundesrepublik Deutschland, die als wichtigster Handelspartner des iranischen Regimes dieses stärke als auch die politische Linke, die schon seit Jahrzehnten das iranische Regime entweder verharmlose oder sich sogar positiv darauf beziehe. Als Journalistin äußerte sie außerdem selbstkritisch, die Medien hätten in der Vergangenheit Aktivistinnen und Aktivisten mit fragwürdigen Positionen zu viel Raum eingeräumt und so zu mehr Einfluss verholfen.

Melanie Hermann sprach innerhalb sich selbst als progressiv verstehender Milieus von einem wachsenden moralischen Druck sich gegen Israel zu positionieren, als sei man entweder gegen Israel oder aber für einen Genozid an den Palästinenserinnen und Palästinensern. Anstatt so zu tun, als könne man in Deutschland den Nahostkonflikt lösen, solle man sich stattdessen mehr mit dem eigenen Antisemitismus auseinandersetzen. Tatsächlich beobachte sie unter ihren Studierenden teilweise auch die Tendenz, sich kritisch mit israelbezogenem Antisemitismus zu beschäftigen.

Nach der Podiumsdiskussion und einer anschließenden Mittagspause begann eine zweistündige **Workshopphase mit insgesamt fünf gleichzeitig stattfindenden Workshops** zu verschiedenen Themen im Kontext Antisemitismus. **Elena Kirik**, Bildungsreferentin bei der Kölnischen Gesellschaft, leitete den Workshop „**Härte als Programm – Stellenwert autoritärer Tendenzen in sozialen Bewegungen und darüber hinaus**“ und formulierte in Anlehnung an die frühe Kritische Theorie eine Kritik des Autoritarismus. Dabei machte sie deutlich, dass der Autoritarismus selbst Produkt der bestehenden Gesellschaft ist und sich in verschiedenen politischen Bewegungen vorfinden lässt. Beispielsweise seien autoritäre Einstellungen deutlich verbreiteter als dezidiert rechtsextreme. Beim Autoritarismus gehe es dabei primär darum, erfahrenes Leid nicht wahrnehmen zu müssen, sondern projektiv abzuwehren. Anderen solle es nicht besser gehen als einem selbst. Kirik nahm Bezug auf die Bedeutung frühkindlicher Erziehung zur Prävention autoritärer Einstellungen, wobei es auch eine liebevolle und gewaltfreie elterliche Autorität gebe, die sich von einer angstmachenden und strafenden Autorität deutlich abgrenzen lasse. Diese sei außerdem nicht mit einer laissez-faire-Erziehung zu verwechseln, bei dem die Erwachsenen dem Kind zwar mit wenig Autorität begegnen, sie sich ihm aber auch kaum interessiert und haltgebend zuwenden. Allerdings

sei die frühkindliche Erziehung nicht alleinentscheidend für die Entwicklung oder Nicht-Entwicklung späterer autoritärer Einstellungen. Stattdessen gehe es auch darüber hinaus um die Entwicklung der Fähigkeit zur Selbstreflexion, zur Empathie, zur Fähigkeit nein zu sagen sowie um alternative Männlichkeitsvorstellungen.

Olaf Kistenmacher, Historiker und Journalist, bot den Workshop **„Entfernt die Parasiten? Das Erbe des personifizierten ‚Antikapitalismus‘“** an. Er konnte aufzeigen, dass es innerhalb der politischen Linken eine Tradition regressiver Kapitalismuskritik gibt, die bis zu den Ursprüngen der Arbeiterbewegung zurückreicht. Anhand von Bildern und Zitaten konnte er kenntlich machen, wie sehr die in verschiedenen öffentlichen Debatten genutzte Metaphorik anschlussfähig für antisemitische Deutungen ist. Dabei nahm er unter anderem auf den Begriff der „Heuschrecke“ Bezug, mit dem mitunter bestimmte Investoren und Vertreter des Finanzkapitals bezeichnet werden. Es entstehe das Bild einer von außen kommenden Plage, bei der sich Schädlinge den hart erarbeiteten Reichtum der deutschen Bevölkerung aneignen würden. Schon im Nationalsozialismus sei zwischen „schaffendem“ und „raffendem Kapital“ unterschieden worden, wobei ersteres als angeblich jüdisch und letzteres als angeblich deutsch identifiziert wurde. Der Versuch, die dem Kapitalismus inhärenten sozialen Verwerfungen einer fremden Macht zuzuschreiben, die zu vernichten Erlösung verspreche, ähnele dem antisemitischen Weltbild, selbst wo die Identifizierung der Finanzsphäre mit Jüdinnen und Juden (noch) nicht vollzogen sei. Dem entgegen stehe eine differenzierte und nicht-regressive Kapitalismuskritik, die den Kapitalismus in seiner Komplexität begreift.

Im Workshop der Historikerin **Ulrike Becker** ging es um **„Antisemitismus im Kontext Islamismus und Islam“**. Wie sie aufzeigen konnte, existierte im Islam schon früh ähnlich wie im Christentum ein religiös begründeter Antijudaismus. Zwar galten Jüdinnen und Juden aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer der drei großen Buchreligionen als sogenannte „Dhimmis“ (Schutzbefohlene), aber ihnen wurde vorgeworfen, nicht an den Islam zu glauben, infolgedessen ihnen Gleichberechtigung verwehrt wurde und sie teils auch willkürlicher Gewalt ausgesetzt waren. Auch gab es einige Pogrome gegen Jüdinnen und Juden, wenn auch weniger als im christlichen Europa. Jüdinnen und Juden galten anders als im modernen Antisemitismus noch nicht als besonders mächtig, sondern im Gegenteil als schwach, unter anderem wegen der militärischen Siege Mohammeds gegen jüdische Stämme im siebten Jahrhundert. Im 20. Jahrhundert entstand in Europa schließlich der moderne Antisemitismus, wobei Jüdinnen und Juden mit der Etablierung rassistischer Ideen nicht mehr vorwiegend als Angehörige einer bestimmten Religionsgemeinschaft galten, sondern als Rasse mit angeborenen, unabänderlichen negativen Eigenschaften. Anknüpfend an frühere antijudaistische Mythen wie die Ritualmordlegende entstanden antisemitische Verschwörungstheorien, bei denen Jüdinnen und Juden unterstellt wurde, trickreich und im Geheimen das Weltgeschehen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Die bekannteste dieser Verschwörungstheorien basierte auf den „Protokollen der Weisen von Zion“, einer Fälschung angeblicher Gespräche jüdischer Weltverschwörer, die bis heute weltweit verbreitet ist. Im arabischen

Raum verband sich, so Becker, der zuvor in Europa neu entstandene moderne Antisemitismus mit dem tradierten muslimischen Antijudaismus zu einer „spezifisch islamischen Variante der Verschwörungstheorien“. Jüdinnen und Juden galten nun als „Repräsentanten von Modernisierungsprozessen“, die auch im arabischen Raum zu vielen Verwerfungen führten. Zentrales Motiv ist dabei die Annahme, Jüdinnen und Juden würden einen Krieg gegen den Islam führen. Wie anhand der im Workshop besprochenen Charta der islamistischen Terrorbewegung Hamas verdeutlicht werden konnte, existiert bis heute eine weit verbreitete islamisch begründete Judenfeindschaft, bei der auf religiöse Motive, etwa Koranstellen, Bezug genommen wird. In der Diskussion äußerten einige Lehrkräfte, in dem betrachteten Material Argumentationsfiguren wiederzuerkennen, die sie bislang bei ihren Schülerinnen und Schülern kaum hätten einordnen können.

Der Workshop der Sozialwissenschaftlerin und Journalistin **Merle Stöver** trug den Titel **„MeToo unless you're a Jew? Antisemitismus in feministischen Bewegungen“** und widmete sich der weitgehend ausbleibenden Solidarität feministischer Akteurinnen nach der massiven sexualisierten Gewalt gegen israelische Frauen durch die Hamas. Anhand verschiedener Materialien wie Demoaufrufen zu antiisraelischen Protesten konnte herausgearbeitet werden, dass vielfach die sexualisierte Gewalt ebenso wenig benannt wurde wie der Antisemitismus. Teilweise erscheine der Nahostkonflikt wie „das eigentliche Thema“, dem feministische Anliegen nachgeordnet seien. Immer wieder sei die Glaubwürdigkeit überlebender israelischer Frauen teils sehr offen infrage gestellt worden, als habe es die sexualisierte Gewalt gegen sie nicht gegeben. Mitunter seien dabei postkoloniale Argumentationsfiguren bemüht worden, etwa indem Jüdinnen als „weiße Siedlerinnen“ stigmatisiert wurden. Palästinenser hingegen seien, so der Vorwurf, als angebliche „schwarze Vergewaltiger“ zu Unrecht verunglimpft und rassistisch diskriminiert worden. Auf diese Weise, so Stöver, sei die Thematisierung sexualisierter Gewalt unter den Verdacht gestellt worden rassistisch zu sein. Auch in der Diskussion wurde festgestellt, dass nach der sexualisierten Gewalt durch die Hamas viele feministische Errungenschaften aufgegeben wurden, etwa die Haltung, den Betroffenen sexualisierter Gewalt Glauben zu schenken und sie zu unterstützen. Stattdessen sei die Solidarität mit gewaltbetroffenen Frauen zugunsten des Antisemitismus ausgeblieben.

Im Workshop von **Tom Uhlig**, Psychologe und Autor, ging es um **„Antisemitismus im Kontext von Rassismuskritik“**, wobei er den Antisemitismus als „blinden Fleck in antirassistischen Bewegungen“ bezeichnete. Er stellte klar, dass sowohl Rassismus als auch Antisemitismus trotz ihrer erheblichen Unterschiede auch einige Gemeinsamkeiten haben. Beispielsweise existiere die Vorstellung einer jüdischen Rasse mit angeborenen negativen Eigenschaften. Trotzdem sei es wichtig, den Antisemitismus „als eigenständiges Phänomen“ zu begreifen, was zu selten geschehe. In Rückgriff auf die analytische Sozialpsychologie beschrieb Uhlig die psychische Funktion des Antisemitismus bzw. dessen projektiven Gehalt. Im Antisemitismus gebe es „immer die Unterstellung: Wir haben nicht angefangen, die haben angefangen, wir wehren uns nur.“

Auf diese Weise imaginieren sich die Verfolger selbst als Verfolgte und legitimieren ihren Hass und ihre Gewalt gegen Jüdinnen und Juden. Darüber hinaus beschrieb Uhlig, wie im Rahmen einer „Erinnerungskonkurrenz“ mitunter eine Relativierung der Shoah stattfindet. Dabei werde der Vorwurf erhoben, das Gedenken an die Shoah verstelle die Möglichkeit, auch an die beispielsweise deutschen Kolonialverbrechen zu erinnern. In der Folge erscheine die Shoah mitunter wie ein Verbrechen unter vielen, womit auch Israel als Schutzraum für Jüdinnen und Juden Legitimität einbüße und vermehrt antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt sei. Dabei gehe es „nicht darum, was schlimmer ist“, sondern darum „die spezifischen Gewalterfahrungen zu verstehen“. Beispielsweise sei im Antisemitismus die Vernichtung aller Jüdinnen und Juden zum Selbstzweck geworden, was sich nur unter der Berücksichtigung seiner Spezifika begreifen lasse, die ihn vom Rassismus unterscheiden. Uhlig wies außerdem darauf hin, dass der Antisemitismus insbesondere in der postkolonialen Theorie bei zahlreichen ihrer namhaften Vertreterinnen und Vertretern vorhanden sei und auch deshalb starken Eingang in den akademischen Diskurs und studentische Milieus gefunden habe.

Im Anschluss an die Workshops fand unter dem Titel **„Ein Schritt nach vorn, zwei Schritte zurück – Herausforderungen für die antisemitismuskritische Bildungsarbeit“** das **abschließende Podiumsgespräch** statt. Neben **Olaf Kistenmacher** und **Merle Stöver** nahmen daran auch der Politikwissenschaftler und Historiker **Moritz Zeiler** sowie die Literatur- und Politikwissenschaftlerin **Matti Traußneck** teil. **Kistenmacher** äußerte, der 07. Oktober 2023 habe ganz grundsätzlich die „Bildungsarbeit infrage“ gestellt. Wenn Tatsachen infrage gestellt würden, zum Beispiel in der Wahrnehmung des Nahostkonflikts, fehle dieser eine wichtige Grundlage. Er sehe zwar die „Notwendigkeiten“ einer politischen Bildungsarbeit gegen Antisemitismus, aber „nicht viel Potenzial“. Dabei handle es sich vor allem ein „Mengenproblem, kein Problem der Inhalte“. Es sei beispielsweise in der Schule „quantitativ zu wenig Zeit“ vorhanden, um über politische Belange und auch Antisemitismus zu sprechen. Dabei werde „die Welt seit etwa 15 Jahren immer schlimmer“ und das „Krisenbewusstsein führt zu autoritären Reaktionen“. Eine Schwierigkeit sei auch, dass viele Lehrkräfte aufgrund der geringen Sichtbarkeit jüdischer Schülerinnen und Schüler, die sich aus Selbstschutz oft nicht zu erkennen geben, dem Antisemitismus als Problem wenig Priorität einräumen. **Moritz Zeiler** fühlte sich durch den 07. Oktober 2023 sehr an den 11. September 2001 erinnert und äußerte die Hoffnung auf kommende Initiativen innerhalb der Linken, die deren Versäumnisse und reaktionären Inhalte aufarbeiten. Dabei empfahl er, sich wieder vermehrt mit den Theorien Moishe Postones auseinanderzusetzen, der sich intensiv mit dem Phänomen eines regressiven Antikapitalismus beschäftigt habe. Die Bildungsarbeit habe seiner Ansicht nach keine schwerwiegenden Fehler gemacht, benötige aber viel Geduld. Durch „permanente Wiederholung“ sei es immerhin gelungen, die Auseinandersetzung mit (israelbezogenem) Antisemitismus deutlich stärker auch in Form von Strukturen zu verankern, als dies vor einigen Jahrzehnten der Fall war. **Merle Stöver** zeigte sich ernüchtert angesichts der antisemitischen Entwicklungen. Man stehe

„vor einem Scherbenhaufen“. Es gebe „keine Standards mehr, wenn ‚me too‘ nicht für Jüdinnen und Israelis“ gelte. Obwohl der Kampf gegen Antisemitismus zum Selbstverständnis der allermeisten Linken gehöre und in den entsprechenden Aufzählungen, wogegen man sich richte, vorkomme, fehle es meist an einer expliziten Auseinandersetzung mit Antisemitismus in linken Zusammenhängen. **Matti Traußneck** sprach von nun sichtbaren „Leerstellen“, die trotz der Jahrzehnte lang andauernden Erinnerungspolitik im Kontext der Shoah geblieben seien. Dabei verhinderte der Druck nicht antisemitisch zu sein, zu dem es keine Alternative gebe, mitunter eine ehrliche Auseinandersetzung mit den verinnerlichten antisemitischen Vorstellungen. Stattdessen handle es sich um eine „fixierte Form des Sprechens“, eine „Verdeckung durch das Sprechen“, bei dem trotz der Thematisierung von Antisemitismus und auch Rassismus eine tatsächliche, wirksame Aufarbeitung ausbleibe. Außerdem ändere der öffentliche Diskurs nichts an den „materiellen Lebensrealitäten“, bei denen es auch „um Zugänge und Verteilung von Ressourcen“ gehe. Es sei versäumt worden, Antisemitismus und Rassismus auch in diesem Kontext als regressive Antworten auf zunehmende Krisenerscheinungen zu bearbeiten. In der Diskussion wurde noch auf die Rolle der sozialen Medien hingewiesen, durch die insbesondere junge Menschen viele Stunden pro Tag mit potenziell antisemitischen Inhalten konfrontiert sind. Es sei schwer, dem mit den begrenzten Möglichkeiten politischer Bildungsarbeit beizukommen. Außerdem wurde die staatliche Zusammenarbeit mit reaktionären Islamverbänden wie DITIB bemängelt, die in ihren Einrichtungen ebenfalls Antisemitismus verbreiten würden.